

len keine Subventionen mehr erhalten), Abwertung der chinesischen Währung, Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Situation und neuen ausländischen Kredite für China. (XNA, 11.8.91) -schü-

*(30)

Weitere japanische Kredite an China

Der japanische Ministerpräsident Kaifu hat anlässlich seines Besuchs in Beijing den zweiten Teilbetrag von 130 Mrd.Yen aus dem für den Zeitraum des 8.Fünfjahresplanes zugesagten Kreditpaket von 810 Mrd.Yen freigegeben. Der Kredit ist für den Ausbau der Infrastruktur in China bestimmt.

Für die Sanierung der Erdölfelder in Daqing und Shengli ist außerdem ein Kredit der Export-Import Bank of Japan in Höhe von 420 Mrd.Yen vorgesehen. (HB, 14.8.91) Darüber hinaus ist ein Kooperationsabkommen zwischen der staatlichen chinesischen Ölgesellschaft und der Japan National Oil Corp. über die Erdöl-Exploration im Tarim-Becken (Provinz Xinjiang) Anfang Juli abgeschlossen worden. Die japanische Gesellschaft wird 57 Mio. US\$ in die Kooperation investieren, die für einen Zeitraum von 4 1/2 Jahren festgelegt ist. (IHT, 6./7.7.91)

Ministerpräsident Kaifu forderte vor dem Hintergrund rückläufiger japanischer Investitionen China dazu auf, das Investitionsklima weiter zu verbessern. Nach Angaben Kaifus gingen die Direktinvestitionen im Fiskaljahr 1990/91 (31.März) um 20% zurück, obwohl die Anzahl der Projekte um 30% stieg. (XNA, 13.8.91; NfA, 13.8.91)

Die sino-japanischen Handelsbeziehungen haben sich dagegen wieder erholt. Nach chinesischen Zollstatistiken betrug das bilaterale Handelsvolumen im 1.Halbjahr d.J. 8,3 Mrd.US\$, ein Anstieg um 25% gegenüber der Vorjahresperiode. Der chinesische Export nach Japan belief sich auf 4,29 Mrd. US\$, ein Zuwachs von 25%; die Importe aus Japan machten 4,02 Mrd. US\$ aus, das sind rund 20% gegenüber dem 1.Halbjahr 1990. (XNA, 4.8.91) Besonders in den ersten Monaten dieses Jahres stiegen die Importe aus Japan deutlich an. So erhöhte sich der China-Export der 19 wichtigsten japanischen Handelshäuser im Vergleich

zum Vormonat im Januar 97% und im Februar 93% und auch in den Monaten März und April waren die jeweiligen Wachstumsraten mit 26,4% und 35,5% überdurchschnittlich hoch. (SZ, 13.7.91) -schü-

*(31)

Zunahme des Außenhandels mit Vietnam

Einem Bericht der *South China Morning Post* zufolge, machte das bilaterale Handelsvolumen zwischen China und Vietnam im ersten Halbjahr 20 Mio.US\$ aus. In dieser Zahl ist der intensive illegale Handel bzw. Schmuggel nicht enthalten. Nach Angaben der chinesischen Zeitung *Lao Dong* soll der Handel über inoffizielle Verträge zwischen 80 Unternehmen in China und Vietnam abgewickelt werden. Zwar seien diese Verträge legal, doch würden Probleme mit der Besteuerung auftreten, so daß der Staat Steuereinbußen hinnehmen müßte.

Die chinesischen Exporte umfassen vor allem Konsumgüter, wie elektrische Geräte, Kleidung etc., während die vietnamesischen Exportprodukte, einschließlich der illegalen Exporte, Kupfer, Gummi und Opium einschließen.

Eine Normalisierung der Wirtschaftsbeziehungen wird dem Bericht nach von der vietnamesischen Seite im Oktober oder November dieses Jahres erwartet. -schü-

*(32)

Exportserfolg der Sonderwirtschaftszonen

Die Exporte aus den fünf Sonderwirtschaftszonen (SWZ) machten im 1.Halbjahr 1991 4 Mrd.Yuan aus und stiegen damit um 20% gegenüber der Vorjahresperiode. Auch die Importe der SWZ erhöhten sich schnell. Der Zuwachs betrug hier 40% und der Importwert 4,3 Mrd.Yuan.

Insgesamt stellt der Außenhandel der SWZ inzwischen einen Anteil von 15% am gesamten chinesischen Außenhandel. (ASWJ, 31.7.91) -schü-

Binnenwirtschaft

*(33)

Einführung eines Sozialversicherungssystems in Hainan

Nach Angaben des stellvertretenden Gouverneurs der Provinz und Sonderwirtschaftszone Hainan, Xin Yejiang, wird für die Bevölkerung der Insel ab Oktober d.J. ein umfassendes Sozialversicherungssystem eingeführt. Hierdurch sollen für die staatlichen, kollektiven und privaten Unternehmen vergleichbare Wettbewerbsbedingungen geschaffen und die wirtschaftliche Entwicklung von Hainan beschleunigt werden. Xin wies weiter darauf hin, daß die Wirtschaft Hainans überwiegend über Märkte und nicht über staatliche Planungsvorgaben koordiniert würde und daß das bestehende Sozialversicherungssystem, das lediglich die Beschäftigten in den staatlichen Unternehmen umfaßt, nicht den Entwicklungsanforderungen der größten Sonderwirtschaftszone Chinas entsprechen würde.

Das neue Sozialversicherungssystem schließt die Bereiche Renten-, Unfall- (im Industriebereich), Arbeitslosen- und Krankenversicherung ein, und auch die Beschäftigten in sino-ausländischen Joint Ventures werden dadurch abgesichert. Die Beiträge zur Sozialversicherung werden sowohl von den Unternehmen als auch von den Beschäftigten geleistet. (XNA, 25.8.91)

Einem Bericht der *Renmin Ribao* vom 18.8.91 zufolge wurde Hainan vom Staatsrat im Jahre 1989 als Versuchsprüfung zur Einführung eines umfassenden Sozialversicherungssystems ausgewählt. Nach einer Phase von Untersuchungen und vergleichenden Analysen wurde das alte System den folgenden drei Prinzipien entsprechend umgestaltet:

1. Ausweitung des sehr begrenzten Geltungsbereichs der Sozialversicherung und Gestaltung eines Versicherungssystems, an dem staatliche und kollektive Unternehmen, sino-ausländische Joint Ventures und Privatbetriebe beteiligt sind.

2. Systematische Verbreitung des Sozialversicherungssystems durch staatliche Gesetze und Bestimmungen und Vereinheitlichung des Systems durch entsprechende Gesetzgebung.
3. Vereinheitlichung der Rechte und Pflichten sowie Verknüpfung der Sozialversicherungsleistungen mit den Beiträgen.

Dem Bericht in der *Renmin Ribao* zufolge soll in der Vorbereitungsphase die Belastungsfähigkeit der öffentlichen Finanzen, der Unternehmen und der Individuen überprüft sowie das wirtschaftliche Entwicklungsniveau Hainans berücksichtigt worden sein. So sollen die Beiträge der Unternehmen für die vier Bereiche des Sozialversicherungssystems nicht das derzeitige Niveau übersteigen und deshalb nicht die Unternehmen zusätzlich belasten.

Wie dringend die Einführung eines umfassenden sozialen Absicherungssystems ist, wird auch in einem Bericht der *South China Morning Post* vom 30.8.91 deutlich. Hiernach beteiligten sich im letzten Jahr 37.450 Beschäftigte an 1.620 Protesten gegen die mangelnde soziale Absicherung bei Arbeitslosigkeit, unzureichenden Rentenzahlungen etc. -schü-

*(34)

Nur vorübergehende Belebung des Einzelhandels?

Wie die *Renmin Ribao* am 1.8.91 berichtet, stieg im ersten Halbjahr 1991 der Einzelhandelsumsatz auf 485,1 Mrd. Yuan bzw. um 12,8% gegenüber dem Vorjahreszeitraum; der Einzelhandelsumsatz bei Konsumgütern betrug 399,1 Mrd. Yuan und erhöhte sich um 13,4%. Im letzten Jahr betrug der Zuwachs des Einzelhandelsumsatzes insgesamt lediglich 1,9%.

Chinesischen Ökonomen zufolge war mit dieser Entwicklung gerechnet worden, da die Regierung ab der 2. Jahreshälfte die Wirtschaftspolitik gelockert und den Anstieg der Nachfrage gefördert habe. Hierzu zählten folgende Maßnahmen:

- Erhöhung der Anlageinvestitionen der staatlichen Einheiten.
Im ersten und zwei Quartal 1990 stiegen diese um 5,9% und um

11,2% gegenüber den Vergleichsperiode 1989. In diesem Jahr betrug der Zuwachs in den ersten fünf Monaten 18,6% gegenüber der Vorjahresperiode.

- Ausweitung der Bankkredite.
Zwischen Januar bis November 1990 stiegen die Bankkredite um 212,5 Mrd. Yuan bzw. um 17,1%. In den ersten fünf Monaten d.J. erfolgte eine Ausweitung der Bankkredite um weitere 58,1 Mrd. Yuan.
- Anhebung der Löhne.
Im letzten Jahr stieg die Lohnsumme der Arbeiter und Angestellten um 13% gegenüber dem Jahr 1989 auf 296 Mrd. Yuan. In diesem Jahr erfolgte von Januar bis Mai eine Erhöhung der Lohnsumme 15,1%.
- Anstieg des institutionellen Konsums.
Die Lockerung der Bestimmungen über den institutionellen Konsum durch staatliche Unternehmen und Verwaltungen führte zu einer raschen Ausweitung dieser Konsumgüternachfrage im ersten Halbjahr 1991 um 17,9% und machte insgesamt 41,38 Mrd. Yuan aus.

Allerdings bestehen weiterhin eine Reihe von Problemen, die nicht nur die weiter ansteigenden Lagerbestände in den staatlichen Industriebetrieben betreffen. So ist beispielsweise die sektorale Konsumgüternachfrage sehr un- ausgeglichen. Während der Einzelhandelsumsatz für Konsumgüter in den Städten von Januar bis Mai um 17,9% stieg, erhöhte sich dieser in den ländlichen Gebieten auf Kreisebene und unterhalb der Kreisebene lediglich um 8,5%. Darüber hinaus wird nach Ansicht chinesischer Experten die Kaufkraft der Bauern in den von der Überschwemmungskatastrophe betroffenen Provinzen aufgrund der Ernteausfälle weiter zurückgehen und die Nachfrage der ländlichen Bevölkerung insgesamt im 2. Halbjahr 91 nur wenig ansteigen lassen.

Auch in einem Bericht der *China Daily* vom 17.8.91 wird die Möglichkeit einer größeren Erhöhung des Einzelhandelsumsatzes in der zweiten Jahreshälfte 1991 kritisch gesehen. Als Grund hierfür werden einerseits die sinkenden Einkommen der Bauern im Zusammenhang mit der Flutkatastrophe genannt, und es wird gefordert, die

staatlichen Aufkaufspreise für landwirtschaftliche Produkte anzuheben, um dadurch die Kaufkraft der Bauern zu erhöhen. Insgesamt stiegen die ländlichen Pro-Kopf-Einkommen lediglich um 1,8% im letzten Jahr und im Jahre 1989 sanken sie sogar um 1,6%. Andererseits würde der Einzelhandelsumsatz in der zweiten Jahreshälfte nur gering ansteigen, weil die Industrie ihren Produktmix nicht ausreichend umgestellt habe und dementsprechend wenig neue Produkte angeboten würden. -schü-

*(35)

Preisentwicklung und Preisreform

Nach Angaben des Leiters der Staatlichen Preisbehörde, Luo Zhiling, in *Jingji Ribao* vom 9.8.91 ist das Preisniveau im ersten Halbjahr d.J. trotz verschiedener Preisanpassungsmaßnahmen des Staates nur wenig gestiegen. Im Vergleich zum Vorjahr erhöhten sich die Einzelhandelspreise lediglich um 1,8%.

Nach Luo sei die Stabilisierung der Preise einerseits die Voraussetzung für stabile Märkte, eine stabile gesellschaftliche Entwicklung und eine wichtige Bedingung für die weitere Durchsetzung von Reformen. Andererseits bedeutet die Stabilisierung der Preise nicht, daß der Staat alle Preise streng kontrollieren, sondern nur die Überwachung des Preisniveaus durchführen müsse. Zur Belebung der mittleren und großen Industriebetriebe sind nach Luo bestimmte Maßnahmen vorgesehen. So sollen die Entscheidungsrechte der Unternehmen bei der Preisbestimmung erhöht und die genauen Rechte und Pflichten der Unternehmen und die Aufteilung der Zuständigkeit bei der Preisbestimmung festgelegt werden. Luo zufolge ist der Anteil der Güter, für die die Unternehmen beim Preisbüro eine Genehmigung beantragen müssen, bereits schrittweise gesunken und auch die Kontrolle über Preisunterschiede werde langsam angepaßt. Auch die Preise für Rohstoffe, Energie und Transport würden planmäßig und schrittweise erhöht und die mit der Existenz des Doppelgleis-Preissystems verbundenen Probleme gelöst, um für die mittleren und großen Industriebetriebe Bedingungen für einen fairen Preiswettbewerb zu schaffen. Darüber hinaus sei vorgesehen, daß zur Unterstützung der

industriellen Entwicklung, der Herstellung neuer Produkte und verbesserter Produktqualität im Rahmen der diesjährigen Aktivitäten zur "Verbesserung der Produktqualität, Erhöhung der Produktvielfalt und Ertragssteigerung" bei Gütern der Leichtindustrie die Methode "für hochwertige Produkte höhere Preise" eingeführt würde.

Wie *China Daily* am 20.8.91 berichtet, führte der Anstieg der Einzelhandelspreise im Juli um 4,3% gegenüber dem Vorjahresmonat allerdings zu einer Steigerung der Inflationsrate von Januar bis Juli auf insgesamt 2,1%. Auch der Index der Lebenshaltungskosten, als weiterer Inflationsindikator, erhöhte sich. In den 35 größten chinesischen Städten betrug der Anstieg im Juli 11,6% und führte zu einer gesamten Erhöhung des Index der Lebenshaltungskosten in der Periode von Januar bis Juli d.J. um 7,5%. Dabei war der Anstieg des Lebenshaltungskostenindex in den größten Städten am höchsten: in Shanghai betrug dieser 16,5, in Beijing 14,3% und in Tianjin 12,5%. In den Städten, die von der Flutkatastrophe betroffen waren, erhöhte sich der Lebenshaltungskostenindex sogar noch stärker: in Hefei um 22,2%, in Nanjing um 18,3% und in Wuhan um 17,8%.

Nach Angaben der Ökonomen vom Staatlichen Statistikamt sollen sich die Preise fast aller Güter des täglichen Bedarfs in den von der Flutkatastrophe betroffenen Gebieten erhöht haben, allen voran die Gemüsepreise. Statistische Untersuchungen weisen den Preisanstieg für Gemüse im Juli mit 43% aus; in Shanghai betrug der Anstieg 90% und in Nanjing 150%. (CD, 20.8.91)

Zu den bisherigen Maßnahmen der Preisreform zählt vor allem die Anhebung der subventionierten staatlichen Verkaufspreise für Getreide und Speiseöl sowie eine erste Erhöhung der Preise für bestimmte öffentliche Dienstleistungen. Weiterhin ist die Abschaffung des Doppelgleis-Preissystems geplant. Mit der Einführung des Doppelgleis-Preissystems war ursprünglich das Ziel verfolgt worden, die Unternehmen zur Steigerung ihrer Produktion zu ermutigen, da es ihnen erlaubt wurde, ihre Überquotenmengen auf dem Markt zu höheren Preisen als die für den Staat bestimmten Ablieferungsmengen anzubieten. Allerdings brachte dieses System bestimmte nega-

tive Auswirkungen mit sich, die vor allem darin bestanden, daß über das zweigeteilte Preissystem falsche Verhaltenssignale ausgesandt wurden. Nach Liu Suinian, Minister für Material und Ausrüstungen, sollte dies System auch nicht mehr für die Allokation von Rohmaterialien gelten. Statt wie bisher staatliche Schlüsselprojekte durch die Zuteilung von Rohmaterialien zu staatlich festgesetzten niedrigen Preisen zu unterstützen, sollten vielmehr die Investitionen in wichtigen Projekten erhöht werden, damit auf diese Weise das notwendige Material über den Markt beschafft werden könnte. Das Ziel sollte die Abschaffung des Doppelgleis-Preissystems sein und für ein Produkt entweder ein staatlich festgelegter Preis gelten oder über Angebot und Nachfrage am Markt bestimmt werden. Aus der Sicht Liu's sei die Zeit für die weitere Fortführung der 1988 begonnenen Preisreformen günstig, da durch das Austeritätsprogramm ein reichliches Marktangebot entstanden sei. Weiterhin kündigte Liu eine baldige Erhöhung der Preise für Holz und andere Materialien an. (CD, 7.8.91) -schü-

*(36)

Weiter Probleme mit lokalen Marktbarrieren und Regionalismus

Die folgenden zwei Beispiele machen deutlich, daß trotz der entsprechenden Rundschreiben des Staatsrates mit Androhung von Sanktionen weiterhin lokale Marktbarrieren und regionalistische Tendenzen fortbestehen.

In der Provinz Hunan behinderten im Mai und Juni lokale Kontrollstationen den Transport von lebenden Schweinen zwischen verschiedenen Regionen Hunans. Durch diese Kontrollstationen wurden nicht nur willkürlich Gebühren und Strafgelder erhoben, sondern viele Schweine starben auch aufgrund der langen Transportverzögerungen in der Hitze. Obwohl die Provinzregierung Hunans als Reaktion auf diese Probleme per Rundschreiben am 27.6. alle Kreis- und Stadtregierungen zum Abbau der Kontrollstationen aufrief und die willkürliche Erhebung von Gebühren untersagte, hielten einige Gebiete weiterhin lokale Marktbarrieren aufrecht.

Untersuchungen zeigten, daß in bestimmten Gebieten innerhalb eines Umkreises von zehn Kilometern 14

Kontrollstationen aufgebaut waren und sich diese teilweise nur in Abständen von wenigen hundert Metern befanden. Einige Gebiete machten den Abbau ihrer Kontrollstationen sogar von der Zahlung einer Kompensation abhängig. Den Untersuchungen zufolge wurden von Kontrollstationen zwischen 10.000 bis 2 Mio. Yuan im Jahr eingenommen. Diese Einnahmen wurden in den seltensten Fällen an den Staat abgeführt, sondern von den jeweiligen "Kontrolleuren" selbst einbehalten. (SWB, 6.9.91; RMRB, 26.8.91)

Als Folge der Entwicklungspläne für Pudong als neuer Sonderwirtschaftszone sind nach Einschätzung der Hongkonger *Zhongguo Tongan She* verstärkt regionalistische Tendenzen festzustellen. Diese spiegelten sich in einem Wettbewerb um ausländische Investoren wider, der mehr und mehr einem "internen Krieg über Präferenzbehandlung" gleiche, ähnlich dem "Baumwoll-Krieg oder "Seidenraupen-Krieg" vor einigen Jahren.

Wie *Zhongguo Tongan She* berichtet, wurden einer Gruppe von Reportern bei ihrem Besuch im Perlfuß-Delta in jedem Ort Unterlagen über Präferenzbehandlung für ausländische Investoren überreicht, wobei sie feststellten, daß sich die Bedingungen von Ort und Ort verbesserten. Die Abweichung lokaler Politik von der der Zentralregierung, die sich hier in der selbständigen Aufstellung von Präferenzbedingungen widerspiegelt, führt dem Bericht nach zu Unsicherheit und Mißverständnissen bei den ausländischen Investoren. Diese würden darauf hinweisen, daß für sie lokale Anstrengungen zur Verbesserung der Investitionsbedingungen in den Bereichen Energie, Kommunikation und Transport wichtiger seien als eine lange Liste von Präferenzbedingungen. (SWB, 9.7.91) -schü-

*(37)

Unterstützung für Yangtze-Staudammprojekt

Vor dem Hintergrund der Flutkatastrophe forderte Wan Li, Vorsitzender des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses (NVK), auf der 21. Sitzung des NVK Ende August d.J., das Yangtze Staudammprojekt als Schlüsselprojekt in den 10-Jahresplan (1991-2000) aufzunehmen. Wan Li trat für den baldigen Beginn des Projekts ein, das "zur langfristigen Stabilität der

gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und zur Sicherheit am Mittel- und Unterlauf des Yangtze beitragen soll". Der Bau des Staudamms soll u.a. den Jingjiang-Damm entlasten, der nach Wan Li über 10 große und mittlere Städte mit einer Gesamtbevölkerung von über 10 Millionen schützt. (XNA, 29.8.91)

Der Bau des Yangtze-Staudamms soll den Hochwasserschutz vergrößern und vor allem der Energiegewinnung dienen sowie die Schifffahrt auf dem Yangtze fördern. Die Energieleistung des geplanten Wasserkraftwerkes soll der von sieben Wärmekraftwerken zu je 2,4 Mio. Kilowatt entsprechen und vor allem für die wirtschaftlich nur wenig entwickelte Provinz Hubei einen Wachstumsschub mit sich bringen. (SWB, 6.6.91) Mit einer Maximalleistung von 17,6 Mio. Kilowatt Strom, wird das Kraftwerk sogar das weltweit größte Kraftwerk in Brasilien übertreffen, in dem 12,6 Mio. Kilowatt Strom produziert werden. (FR, 15.6.91) Weiterhin soll die Sicherheit der Schifffahrt durch die Beseitigung von Untiefen erhöht und damit die Transportkapazität um 40% gesteigert werden.

Die Kosten des geplanten Projektes belaufen sich nach neuesten Angaben inzwischen auf 57,6 Mrd. Yuan, das sind 60% mehr als die mit 36,1 Mrd. Yuan noch im Jahre 1986 geschätzten Kosten. Von der Gesamtsumme sind 28 Mrd. Yuan für den eigentlichen Dammbau, 18 Mrd. Yuan für das notwendige Umsiedlungsprogramm und 9 Mrd. für Stromtransfersysteme vorgesehen. (SCMP, 3.4.91) Insgesamt wird damit gerechnet, daß die Umsiedlung von rund 720.000 Menschen, davon 85% aus der Provinz Sichuan, erforderlich sein wird. In den betroffenen Gebieten sollen seit Jahren weder die staatlichen Institutionen und lokalen Reigerungsbehörden noch die Bauern und kollektiven Organisationen aufgrund der Unsicherheit über den Beginn des Staudammprojekts langfristige Investitionen durchgeführt haben. Dies führte zur Vernachlässigung des gesamten Investbaus in diesen Gebieten. (SWB, 19.9.91) Mit der Umsiedlung von rund 10.000 Menschen soll bereits begonnen worden sein. (SCMP, 2.4.91)

Sowohl Wan Li und Guo Shuyan, Gouverneur der Provinz Hubei, als auch der Energieminister Huang Yi-

cheng setzen sich vehement für den Bau des Staudamms ein. Auch von den 412 Wissenschaftlern, die eine umfassende Studie über die Auswirkungen des Projektes durchführten, waren lediglich sieben Wissenschaftler nicht bereit, ihre Unterschrift unter den Ende letzten Jahres vorgelegten Abschlußbericht zu setzen. Insgesamt sind die kritischen Stimmen, die u.a. vor den negativen ökologischen und ökonomischen Folgen und der Verwundbarkeit Chinas im Kriegsfall warnten, seit Juni 1989 verstummt bzw. durch die Flutkatastrophe in den Hintergrund gedrängt worden. (SCMP, 3.4.91) Sollte der Bau tatsächlich realisiert werden, dies ist nach Ansicht ausländischer Experten vor dem Hintergrund der Haushaltsdefizits noch nicht gewiß, dann würden auch gleichzeitig die als "sanxia" berühmten "Drei Schluchten" des Yangtze in dem 700 Kilometer großen Stausee verschwinden. -schü-

*(38)

Unausgeglichene Konsumstrukturen

Die *Renmin Ribao* veröffentlichte am 25.8.91 ein Interview mit Guo Shuqing vom Wirtschaftsforschungszentrum bei der Staatlichen Planungskommission. Guo zufolge besteht eine unausgeglichene Konsumstruktur, die im Verlauf der industriellen Readjustierung schrittweise angepaßt werden müßte. So sei der Konsumanteil für Nahrungsmittel, Kleidung, Güter des täglichen Bedarfs und Haushaltsgeräte wesentlich zu hoch, während der Konsumausgabenanteil für Transport, Telekommunikation, Erziehung, Kultur und Tourismus zu niedrig sei.

Nach Statistiken der Weltbank mache, so Guo Shuqing, die derzeitige Kalorienzahl im Durchschnitt pro Kopf täglich 2.700 aus und liege damit auf dem Niveau der Länder mit mittlerem und niedrigem Einkommen bzw. ist mit dem Niveau Japans in den frühen 70er Jahren und Südkoreas und Singapurs in den späten 70er Jahren vergleichbar. Beim Konsum von Kleidung und Gütern des täglichen Bedarfs sowie bei Haushaltsgeräten erreicht bzw. überschreitet China das durchschnittliche Niveau der Länder mit mittlerem Einkommen; hinsichtlich der Verbreitungsrate von Farb-Fernsehgeräten erreicht China sogar das Niveau der Länder mit hohem Einkommen.

Im Transportsektor jedoch beträgt nach Angaben von Guo die durchschnittliche Mobilitätsrate in China 600 km pro Kopf, in Indien dagegen 900 km. Auf 100 Personen entfielen in China im Durchschnitt 1,1 Telefonanschlüsse, ein Niveau, das damit deutlich unter dem Durchschnitt Afrikas liegt. Im Bildungsbereich schneidet China besonders schlecht ab. So machte der Anteil der Schüler eines Jahrgangs, der die Mittelschule besuchte, im Jahre 1987 lediglich 43% in China aus, während der Prozentsatz in den Ländern mit niedrigem Einkommen 49% betrug. Lediglich 2% der Schüler eines Jahrgangs besuchen in China die Hochschule, 1965 waren es in Indien dagegen bereits 5%. In Ländern mit mittlerem Einkommen beträgt dieser Anteil 16%.

Insgesamt erhöhte sich der durchschnittliche private Konsum in den vergangenen 10 Jahren mit einer Wachstumsrate von 12,2% im Jahr. Anlässlich der ersten internationalen Konferenz zur Werbung in Beijing Ende Mai d.J. wurden auch Einschätzungen zum zukünftigen Konsumverhalten der Bevölkerung gemacht. So sagte Liu Yongqi, stellvertretender Direktor der Abteilung für Konsum und Markt (Xiaofei shichang ci) bei der Staatlichen Planungskommission, daß bis zum Jahre 2000 mit einem Rückgang des Ausgabenanteils für Lebensmitteln von 54,6% auf unter 50% und mit einer dementsprechend stärkeren Ausgabeneigung für andere Konsumgüter außer Lebensmittel zu rechnen sei. Die Voraussagen über das Konsumverhalten gehen weiter davon aus, daß von 100 Haushalten 92,5 Haushalte im Jahre 2000 ein Fernsehgerät (1989: 59,6), 29 Haushalte einen Kühlschrank (1989: 9,2) und 55 von 100 Haushalten eine Waschmaschine (1989: 31) besitzen werden. Liu prognostizierte außerdem, daß die durchschnittliche Wohnfläche der städtischen Bevölkerung von rund 3,5m² pro Kopf auf 8m² steigen und sich die Anzahl der Telefonanschlüsse pro 100 Haushalte von 1,1 im Jahre 1989 auf 3 erhöhen werde. (SCMP, 31.7.91)

Die Frage, inwieweit Kfz in der Zukunft verstärkt privaten Konsumenten zugänglich gemacht werden sollten, greift die *China Daily* am 22.8.91 auf. Zur Zeit würde lediglich eine kleine Gruppe zu den privaten Eigentümern von Kfz zählen, wie Film- und Fern-

sehstars, Popsänger oder Geschäftsleute. Für die größere Verbreitung privater Kfz spreche zwar, daß sich durch den Kauf die Automobilindustrie sowie die entsprechenden Zulieferindustrien schneller entwickeln könnten und der Wirtschaft überschüssige Kaufkraft entzogen werden würde. Untersuchungen zeigten auch, daß rund 120.000 Haushalte in der Lage wären, sich ein Privatfahrzeug zum Preis von mindestens 50.000 Yuan zu leisten; ein im Shanghai Joint Venture hergestellter Santana kostet sogar 200.000 Yuan. Gegen die zu schnelle Verbreitung privater Kfz argumentiert die *China Daily* mit den negativen Auswirkungen einer solchen Entwicklung. So würden nicht nur bereits vorhandene Verkehrsprobleme weiter verschärft, sondern es würde auch die Tendenz zum Kauf von Luxusgütern verstärkt werden. Weiterhin sei bei einer schnellen Zulassung von privaten Kfz statt mit einer Verbesserung mit einer Vernachlässigung des öffentlichen Transportsystems zu rechnen. Außerdem sollte die Priorität privater Investitionen eher z.B. im Bereich der Ausbildung und die staatlicher Investitionen in den ärmeren Gebieten Chinas liegen. -schü-

Taiwan

*(39)

Erster offizieller Besuch aus dem chinesischen Festland seit 42 Jahren

Zwei Rote-Kreuz-Vertreter und zwei Journalisten aus dem chinesischen Festland haben im August Taiwan besucht. Dies wurde von beiden Seiten der Taiwan-Straße als ein großes historisches Ereignis bewertet. Zwar sind seit 1987 rd. 2 Mio. Taiwaner nach dem chinesischen Festland und über 17.000 Festland-Chinesen nach Taiwan gereist, aber es ist das erste Mal seit der politischen Trennung beider Seiten vor 42 Jahren, daß kommunistische Funktionäre oder quasioffizielle Vertreter des chinesischen Festlands die Einreiseerlaubnis von Taiwan bekommen haben. Erst am 29. Juli, also praktisch am Vorabend der Ankunft der Rote-Kreuz-Vertreter und Journalisten, hat Taipei das Einreiseverbot für chinesische Kommunisten aufgehoben. Zuvor mußten Besucher aus dem chinesischen Festland bei der Einreise eine schriftliche Erklärung des Austritts

aus der kommunistischen Partei oder deren nahestehenden Organisationen abgeben.

Anlaß des Taiwan-Besuchs der Rote-Kreuz-Vertreter und Journalisten war, 18 in Taiwan festgehaltene Fischer aus der Provinz Fujian aufzusuchen, die am 21. Juli d.J. nahe der taiwanesischen Küste in einen heftigen Streit mit Fischern aus Taiwan geraten und von der taiwanesischen Marine festgenommen worden waren, sieben von ihnen wurden unter dem Verdacht der Piraterie vor Gericht gestellt.

Der Leiter der Delegation, ein stellvertretender Generalsekretär des volksrepublikanischen Roten Kreuzes, war Qu Zhe ("Wendung"), und entsprechend der Bedeutung seines Namens verlief auch seine Reise nach Taiwan kurvenreich. Als die Delegation am 12. August in Hongkong zwischenlandete, wurden er und sein Kollege Zhuang Zhongxi daran gehindert, mit den zwei Journalisten der amtlichen Agenturen New China News Agency (Xinhua) und China News Agency (Zhongxin), Fan Liqing und Guo Weifeng, unmittelbar weiter nach Taiwan zu fliegen: Taiwan hatte plötzlich den zwei Rote-Kreuz-Vertretern die Einreisegenehmigung entzogen, weil beide Seiten bis zum letzten Moment über den Zweck und die Aufenthaltsdauer von Qu und Zhuang gestritten hatten. Aus Beijing hieß es, daß die zwei Vertreter mit Taiwan über die Fischer-Angelegenheit verhandeln und bis zur Lösung der Frage in Taiwan bleiben würden, während Taipei darauf bestand, ihnen nur aus humanitären Gründen einen Aufenthalt von drei Tagen zum Besuch der festgehaltenen Fischer zu gewähren. Eine politische Verhandlung der Affäre wurde als Einmischung in die Justiz Taiwans abgelehnt.

Es dauerte acht Tage, bis man einen Kompromiß fand und die zwei Rote-Kreuz-Vertreter endlich am 20. August von Hongkong nach Taiwan fliegen ließ. Während ihres dreitägigen Verbleibs in Taiwan besuchten sie am 21. August die sieben angeklagten Fischer in der Untersuchungshaft in Taichung (Taizhong) und sprachen per Video-Telefon mit den anderen elf nicht angeklagten Fischern, die von den taiwanesischen Behörden bereits zur Abschiebung nach Fujian auf die Insel Kinmen (Jinmen, Quemoy) geschickt worden waren. Darüber hinaus erzielten sie mit den Vertretern der für Kontakte mit dem chinesischen Fest-

land zuständigen halbamtlichen Organisation Haijihu (Stiftung für den Austausch beider Seiten der Taiwan-Straße) die Vereinbarung, die elf nicht angeklagten Fischer in Kinmen nicht wie illegale Einwanderer oder Kriminelle von Schiff zu Schiff an die Seite der Provinz Fujian auszuliefern, sondern sie mit einem Passagierschiff von Kinmen nach Xiamen (Amoy) zurückzuschicken. Dies wurde auch am 24. August durchgeführt, d.h. einen Tag nach der Rückkehr der Delegation unter Qu Zhe. Außerdem wurden fünf der sieben in Taiwan weiter festgehaltenen Fischer vom Gericht in Taichung nicht - wie ursprünglich vorgesehen - wegen Piraterie, sondern lediglich wegen Freiheitsberaubung zu nur 6 bis 12 Monaten Haft verurteilt - alle Freiheitsstrafen können in Geldstrafen umgewandelt werden. (LHB u. CP, 13., 21.-24. u. 30.8.91) -ni-

*(40)

Einkommensschere zwischen Arm und Reich weiter geöffnet

Das durchschnittliche Familieneinkommen in Taiwan betrug im letzten Jahr nach einem Untersuchungsergebnis des Amtes für Budget und Statistiken (Zhujichu) 520.000 NT\$ (umgerechnet rd. 19.260 US\$) und lag somit um 13,29% höher als 1989. Aber die Einkommensschere zwischen Arm und Reich klappt immer weiter auseinander. Eine reiche Familie der Oberschicht (20% aller Haushalte) verfügte, so heißt es, über ein Jahreseinkommen von 1.003.900 NT\$, dem 5,18fachen des Einkommens einer armen Familie der Unterschicht (ebenfalls 20% aller Haushalte) mit 193.685 NT\$. Der Einkommensunterschied zwischen armen und reichen Familienschichten ist seit zehn Jahren kontinuierlich gestiegen. 1980 lag er beim 4,29fachen und 1989 noch beim 4,94fachen.

Ferner ist der Anteil der armen Familien in der Unterschicht am Gesamteinkommen im letzten Jahr von 7,7% (1989) auf 7,45% gesunken, während der der reichen Familien der Oberschicht von 38,01% auf 38,6% kletterte. (CP, 13. u. 17.8.91; FCJ, 20.8.91)

Nach einer von demselben Amt im März d.J. veröffentlichten Untersuchung über den Familienreichtum im Jahre 1988 betrug die Differenz zwischen beiden Schichten das 6,87fache, weit höher als die Einkommensdifferenz im gleichen Jahr mit nur dem